

OFFENER BRIEF

Wien, am 13. Oktober 2021

Urheberrechts-Novelle 2021

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
Sehr geehrte Frau Justizministerin,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin für Kunst und Kultur,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete zum Nationalrat,

das Justizministerium bereitet aktuell eine Novelle zum Urheberrechts-Gesetz vor, mit der zwei EU-Richtlinien in Österreich umgesetzt und Teile des Kapitels „Kunst und Kultur“ im Regierungsprogramm 2020 bis 2024 abgearbeitet werden sollen.

Aus Sicht unserer Allianz ist der aktuelle Entwurf des Justizministeriums ausgewogener als frühere Entwürfe. Er berücksichtigt sowohl die Anliegen der Kunstschaffenden als auch die Interessen der österreichischen Kreativ- und Medienwirtschaft. Dennoch braucht es aus unserer Sicht an einigen Stellen noch deutliche Verbesserungen.

Unsere Verbesserungsvorschläge gehen dahin, dass die gerade erst eingeführte urheberrechtliche Verantwortung der großen Sharing-Plattformen, wie etwa YouTube, Facebook oder TikTok, durch zwei neue Schlupflöcher nicht gleich wieder verwässert wird. Konkret würden nach dem Vorschlag des Justizministeriums Ausschnitte bis zu 15 Sekunden Video oder Ton faktisch rechtfrei gestellt und mit dem sog. „Pre-Flagging“ eine Art Freibrief für Rechtsverletzungen eingeführt. Beide Schlupflöcher würden wieder nur die milliardenschweren Tech-Riesen begünstigen und den Kreativbranchen schaden. Sie sollten daher ersatzlos gestrichen werden. Auch in der EU-Vorgabe findet sich dazu kein Wort.

Für uns steht es außer Frage, dass Künstlerinnen und Künstler fair bezahlt werden müssen. Aber auch Produzenten, Verlage und Medienunternehmen müssen eine faire Ertragschance haben, denn sie tragen das wirtschaftliche Risiko. Für uns sind Vertragsfreiheit, Rechtssicherheit und Kalkulationssicherheit unverzichtbar. Denn diese sind letztlich entscheidend dafür, wieviel am Standort Österreich produziert werden kann.

Künstlerorganisationen, Verwertungsgesellschaften, Kulturräte und Dachverbände wollen aktuell mit Petitionen, Unterschriftenlisten und Presseaussendungen ihre Maximalforderungen durchsetzen und ein zu Lasten der Kreativwirtschaft einseitiges und unausgewogenes Gesetz erzwingen. Wir lehnen ein

Mehr an staatlicher Regulierung in Verträgen, eine kartellrechtlich angreifbare kollektive Preisfestsetzung für Urheberrechte, neue Vergütungsansprüche für Verwertungsgesellschaften und die generelle Forderung nach einer weitgehenden Kollektivierung der Kulturproduktion in Österreich entschieden ab.

Selbstverständlich nehmen wir im Rahmen der Begutachtung ausführlich zum Novellentwurf Stellung und stehen Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, jederzeit sehr gerne als Ansprechpartner zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,



RA Prof. Dr. Thomas Wallentin

Dr. Franz Medwenitsch

Sprecher der *Allianz Zukunft Kreativwirtschaft*

Mitglieder der *Allianz Zukunft Kreativwirtschaft*:



Zur Allianz Zukunft Kreativwirtschaft: Das rechtliche und wirtschaftliche Fundament der Kreativ- und Medienwirtschaft ist das Urheberrecht. Mit der Umsetzung der EU Copyright-Richtlinie in der Urheberrechts-Novelle 2021 kommt es zu einer für die Zukunft der österreichischen Kreativwirtschaft entscheidenden Weichenstellung. Es geht um den Produktions- und Medienstandort Österreich, um Wertschöpfung und Steuerleistung und um viele tausende Jobs. Die **Film-, Musik-, Kino-, Buch-, Verlags- und Medienwirtschaft, der ORF und die österreichischen Privatradios und Privatfernsehsender** haben sich deshalb zur *Allianz Zukunft Kreativwirtschaft* zusammengeschlossen, um so ihre gemeinsamen Interessen als heimische Content-Produzenten besser wahrnehmen zu können.